

Parteitag ohne Katastrophe

Vorstand der Grünen diesmal nicht von der Basis düpiert / Mehrheit für Grundsicherung statt Grundeinkommen

Von ANITA KECKE

Nürnberg. Die Sonnenblume wächst bei den Grünen jetzt rechts oben. Parteichefin Claudia Roth hält vor der mit Spannung erwarteten Sozialdebatte am Sonnabend in der Nürnberger Frankenhalle schon mal einen Kaffeebecher mit dem neuen Partei-Logo in die Höhe. Es wirkt wie Selbstermutigung. Die Stimmung an der Basis gleiche „einem ruhenden Vulkan“, sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Peter Hettlich aus Sachsen dieser Zeitung.

Die Zustimmung zu Hartz IV habe die Partei Glaubwürdigkeit gekostet. Die Basis fügte sich nur zähneknirschend der Parteiräson. In der vom Parteivorstand favorisierten bedarfsorientierten Grundsicherung sieht er nur eine Weiterentwicklung von Hartz IV und stimmt deshalb später für das allgemeine Grundeinkommen, das jedermann erhalten soll.

Auch die Leipziger Bundestagsabgeordnete Monika Lazar gehört zu den wenigen in der Bundestagsfraktion, die das bedingungslose Grundeinkommen unterstützen. „In der Zeit brüchiger Erwerbsbiografien ist es wichtig, dass sich die Menschen auf ein Grundeinkommen verlassen können, das ohne belastende Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden soll“, sagt sie. Bei denjenigen, die Einkommen haben, werde die Grundsicherung von der Steuerlast abgezogen, gehe also im Grundfreibetrag auf. Die Verfechter des Grundeinkommens werden nicht müde, immer neue Erläuterungen auf den Tischen der Parteitagsdelegierten zu verteilen.

Die Parteispitze steht unter Druck. Sie will auf jeden Fall vermeiden, eine Niederlage wie in Göttingen zu kassieren und hat Vorsorge getroffen. In seinen Antrag zur Grundsicherung hat der Bundesvorstand vorsorglich Elemente aus dem Grundeinkommensantrag aufgenommen, wie etwa die zeitlich begrenzte Brücken-Existenzsicherung für diejenigen, die ihren Job verloren haben und sich nun neu orientieren wollen. Und sie hat sich einen Gastredner eingeladen, der nicht nur vehement den Mindestlohn fordert, sondern auch eine Lanze bricht für die Grundsicherung: Verdi-Chef

Frank Bsirske. Bei der Grundsicherung gehe die Gewerkschaft mit, weil sie auch den Zugang zu Arbeit und Bildung einschließe. Ein Grundeinkommen für alle, ohne eine Gegenleistung zu verlangen, könne er sich dagegen nicht vorstellen. Es dürfe nicht das Ziel der Grünen sein, so Bsirske, „den dauerhaften Aufstieg aus dem Erwerbsleben zu finanzieren“.

Damit ist der Boden bereitet für Parteichef Reinhard Bütikofer, der für die Grundsicherung wirbt, weil sie sowohl visionär als auch praxistauglich sei. „Die Grünen nehmen sich der Probleme mit einem Sofortprogramm an“, sagt er. Bütikofer macht deutlich, dass man wieder mitreden wolle in der Sozialpolitik. „Es kann doch nicht sein, dass erst die private Altersvorsorge aufgefressen wird, bevor die Betroffenen Hartz IV bekommen“, schleudert er in den Saal. Neben der Erhöhung des Regelsatzes von 347 auf 420 Euro sieht die Grundsicherung auch die Schonung des Altersvermögens von 3000 Euro pro Lebensjahr vor. Laut klatschen dann Bütikofer, Claudia Roth, Renate Künast und Jürgen Trittin im Präsidium, als auch die Thüringerin Astrid Rothe-Beinlich die Grundsicherung verteidigt und den eigenen Anspruch von Frauen hervorhebt.

Mit dem Appell „Lasst uns die Partei der Vordenker sein“, wirbt Beate Müller-Gemmeke aus Baden-Württemberg für das Grundeinkommen. Die Sehnsucht nach Visionen von wärmender grüner Sozialpolitik und einer Vorreiterrolle prägt viele Reden. Allerdings schleppt sich die Diskussion über fünf Stunden hin. Sie ist eher sachlich und weniger emotionsgeladen als erwartet.

Die Abstimmung, die noch schriftlich wiederholt wird, lässt die Parteispitze hörbar aufatmen. Von 737 gültigen Stimmen votieren 432 (58,6 Prozent) für den Antrag des Bundesvorstandes zur bedarfsorientierten Grundsicherung und 296 für das Grundeinkommen (40,2 Prozent) bei neun Enthaltungen. „Dem Bundesvorstand ist die Katastrophe erspart geblieben“, heißt es in Delegiertenkreisen.